



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 11.08.2011

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 17. August 2011, um 17:00 Uhr,
in der neuen Turnhalle des CVJM,
Oranienstraße 15, 65185 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 1.6.2011
2. Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
3. Aufgaben und Strukturen der (mobilen) Jugendarbeit des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM)

4. **Situation der Gagfah-Mietshäuser in der Manteuffel- und Blumenthalstraße**
- *Vorstellung der Planungen durch den neuen Besitzer Iber Grundstücks GbR* -

5. **11-A-50-0002** **ANLAGE**

Jahresbericht der Patientenfürsprecherin für die HSK - Dr.Horst-Schmidt-Kliniken

6. **11-A-50-0003** **ANLAGE**

Jahresbericht der Patientenfürsprecherin für die Asklepios-Paulinenklinik/DKD - Deutsche Klinik für Diagnostik /Aukammklinik

7. **11-F-07-0004** **ANLAGE**

HSK
- *Beschluss des Gesundheitsausschusses vom 1.2.2011* -

8. **10-A-16-0007** **ANLAGE**

Plätze für Schwerbehinderte in Bussen der ESWE
- *Bericht des Magistrats vom 15.6.2011* -

9. **11-F-03-0041**

Inklusion
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8.8.2011 -

Artikel 24 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen verpflichtet die Mitgliedstaaten inklusive Bildungsangebote und Systeme zu schaffen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- wie das Inklusionskonzept umgesetzt werden soll, nachdem die angekündigte Freigabe von Landesmitteln nicht erfolgt,
- welche Möglichkeiten er sieht, das hessische Kultusministerium dahingehend zu beeinflussen seiner Verpflichtung gegenüber der UN Vereinbarung nachzukommen.

10. 11-F-03-0018

ANLAGE

Antrag Fehlbelegungsabgabe
- *Bericht des Dezernates VI vom 1.8.2011* -

11. 11-F-03-0042

Übergang vom Krippen- in den Elementarbereich sichern
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.8.2011 -

In vielen Kitas wechseln die Kinder derzeit mit ihrem 3. Geburtstag vom Krippenbereich in den Elementarbereich bzw. teilweise auch in entsprechende KGG derselben Kita. Es gibt jedoch Kitas, die mehr Krippenplätze als Plätze für ältere Kinder anbieten. Auch sind in verschiedenen Kitas, bei denen zwar grundsätzlich mehr Plätze für ältere Kinder als Krippenplätze vorhanden sind, diese bereits überbelegt, da hier der Bedarf das Angebot mehr oder weniger stark übersteigt (Kritische Versorgungslage). Hierdurch kommt es vor, dass eine weiterführende Betreuung im Kindergarten einer anderen Institution erst mit Beginn des neuen Kindergartenjahres, also ab August/September möglich ist. Für die berufstätigen Eltern ergibt sich so eine Betreuungslücke von z.T. mehreren Monaten, die zu einer großen Belastung für Eltern und Kind führen. Hinzu kommt, dass ein Wechsel in eine völlig neue Einrichtung für ein Kind sehr viel schwieriger zu bewältigen ist als der Wechsel von Krippe in den Elementarbereich derselben Einrichtung.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten zu berichten,

1.) in wie vielen Fällen Eltern, die ihr Kind im Krippenbereich einer Kita betreuen ließen nach dem 3. Geburtstag keinen direkten Anschlussplatz in a) (falls grundsätzlich möglich) derselben Kita und b) in einer anderen Kita bekommen haben.

2.) Wie der Magistrat gedenkt, dieses Problem künftig zu lösen.

12. 11-F-08-0024

Kitas auf Schadstoff Bisphenol A untersuchen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 10.8.2011 -

Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) hat mit der Veröffentlichung von Ergebnissen einer aktuellen Studie auf die Gefährdung von Kindern mit gefährlichen Schadstoffen in Kindertageseinrichtungen hingewiesen. Die gesundheitsschädliche Chemikalie Bisphenol A (BPA) konnte in 92 der 107 vom BUND getesteten Einrichtungen nachgewiesen werden.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass sich alle Wiesbadener Kitas (städtisch wie freie Träger) an der vom BUND getragenen Aktion „Kitas unter der Lupe - Zukunft ohne Gift“ beteiligen und ihre Einrichtung auf gefährliche Schadstoffe untersuchen lassen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird sich in geeigneter Weise an den entstehenden Kosten beteiligen.

Über die Ergebnisse soll dem Ausschuss nach Abschluss der Untersuchungen berichtet werden.

13. 11-F-08-0019

Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket diskriminierungsfrei gewähren
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 10.8.2011 -

In § 77 Absatz 11 SGB II ist für die rückwirkende Anspruchsberechtigung das einzige Kriterium, dass das Kind eine Schule (oder Kita/Hort) besucht, "an der eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung angeboten wird" - und nicht, dass es diese auch in Anspruch genommen hat. Auch stellt die Vorschrift frei, wie Leistungsberechtigte im genannten Zeitraum die Teilhabe ihrer Kinder sichergestellt haben.

Die pauschale Auszahlung ohne Nachweise ist mehr als logisch: Die gesetzliche Neuregelung ist erst am 29. März veröffentlicht worden. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten leistungsberechtigte Eltern entsprechend nicht wissen, dass ggf. Belege für Aktivitäten der sozialen Teilhabe (z.B. Kino-, Zoo-, Schwimmbadbesuche) aufgehoben werden müssen. Auch kann es sein, dass Aktivitäten der sozialen Teilhabe vor April 2011 nur aus Geldmangel unterblieben sind, weil die Leistungen noch nicht abrufbar waren. Nichtsdestotrotz besteht ein rückwirkender Anspruch für die Betroffenen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten sicherzustellen, dass Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung und die gesellschaftliche Teilhabe (pro Kind pauschal 28, bzw. 10 Euro) rückwirkend für die Monate Januar bis März 2011 unbürokratisch und diskriminierungsfrei ohne Nachweispflicht gewährt werden.

14. 11-A-50-0004

Aktueller Bericht des Magistrats

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

- 1. 08-V-51-0071** **ANLAGE**

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales
- Anträge II. Quartal 2011
- 2. 11-V-20-0046** **DL 18/11-4**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 3. 11-V-08-0005** **DL 18/11-2**

Machbarkeitsstudie "Ausbau der Grundschulkinderbetreuung"
- 4. 11-V-51-0019** **DL 17/11-9, 10/11-10**

Außerkräfttreten des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (HessAFWoG) mit Ablauf des 30. Juni 2011; Bericht zu den Auswirkungen
- 5. 11-V-51-0024** **DL 16/11-10**

Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim, zusätzliche Kosten für Ersatzneubau der Kindertagesstätte
- 6. 11-V-51-0031** **DL 17/11-10**

Änderung der Förderrichtlinien Jugendarbeit
- 7. 11-V-51-0035** **DL 18/11-5**

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2010
- 8. 11-V-51-0036** **DL 16/11-11**

Verantwortung für Wiesbaden; Vorabvorlage wegen Eilbedürftigkeit für den Bereich "Eingliederungsmaßnahmen SGB II"

9. **11-V-51-0037** **DL 18/11-6**
Sanierung und Erweiterung der Kath. Kindertagesstätte Sankt Bonifatius
10. **11-V-51-0041** **DL 19/11-6**
Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände; sozialpädagogische Beiträge
11. **11-V-07-0009** **DL 18/11-1**
Umsetzung des Sicherheitskonzeptes Kulturpark

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender